

Ministerin verspricht: ,Vorhaben werden realisiert'

Griefahn zuversichtlich, daß Geld für Altlast aufgebracht wird

Rehburg-Loccum (mr). „Die Landesregierung mißt der Sicherung und Sanierung der Altlast Münchehagen nach wie vor höchste Priorität bei“, betonten Umweltministerin Monika Griefahn jetzt in Loccum und versprach: „Die niedersächsische Landesregierung steht zu ihren Verpflichtungen und wird zeitgerecht die notwendigen Maßnahmen durchführen, die mit dem Vermittlungsausschuß abgestimmt sind.“ Zur Zeit werde in den Gremien erörtert, welche Mittel aktualisiert werden müßten und welche Vorhaben über einen längeren Zeitraum finanziert werden könnten. Konkrete Aussagen über die Höhe des in den nächsten Jahren vermutlich zur Verfügung stehenden Geldes machte sie jedoch nicht.

Kürzungen im Etat des Umweltministeriums und damit verbundene rigorose Einsparungen für Maßnahmen auf der Giftmülldeponie hatten, wie berichtet, für einigen Wirbel im Münchehagen-Plenum gesorgt. Monika Griefahn jedoch gab sich bei ihrem Besuch in der Evangelischen Akademie in Loccum zuversichtlich. „Wir haben die Hälfte der Probleme gelöst“, erklärte die Umweltministerin hinsichtlich der mittelfristigen Finanzplanung zur Sicherung und Sanierung der Altlast Münchehagen.

Sie pflichtete dem stellvertretenden Sprecher des Münchehagen-Plenums Wolfgang Völkel bei, der erklärte: „Ohne Geld wird in Frage gestellt, wofür wir hier unsere Zeit absitzen. Vieles wird hinfällig.“ Gleichzeitig aber bat sie um Verständnis und Geduld, da ein bürokratischer Prozeß zu durchlaufen sei.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Willi Heineking rief die Umweltministerin auf, den Münchehagen-Gremien die „finanzielle Absicherung zu geben“. „Wenn dies nicht klappt, ist unsere Arbeit umsonst“, fügte er hinzu. Wie der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Kurt-Dieter Grill, der HARKE mitteilte, habe sein Fraktion in der abschließenden Beratung des Haushaltsplanes im Umweltausschuß des Landtages „sieben Millionen Mark zu-

sätzlich für die Sanierung der SAD Münchehagen“ beantragt.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Bärbel Tewes-Heiseke hob außerdem hervor, daß es nicht nur die Landesregierung, sondern auch das Parlament gebe: „Wir haben dort die Möglichkeit, für das Geld zu sorgen, was hier benötigt wird.“ Bärbel Tewes-Heiseke rief alle Parteien auf, dem Beispiel ihrer Fraktion zu folgen, die „Geld gesucht und Geld gefunden“ habe.

Neben der Suche nach Geld ist es nach Ansicht der Bürgerinitiativen in Zukunft aber auch notwendig, bei Einzelvorhaben zu prüfen, ob es nicht manchmal auch günstigere Möglichkeiten als die ersten Vorschläge der zuständigen Ingenieurbüros gibt. Beim Bau der Wagenwaschanlage hätte beispielsweise die Beseitigung einer Asphaltstraße nach nochmaliger Planung nicht 30 000 Mark, sondern nur 1000 Mark gekostet.

Konrad Keller, zuständiger Abteilungsleiter im Umweltministerium, sah die Schuld dafür aber nicht ausschließlich bei den Büros, sondern auch bei den Behörden. Sie hätten in der Vergangenheit problemlos Geld zur Verfügung gestellt. Dies solle sich ändern. In der Verwaltung werde dieses Problem jetzt aufgearbeitet, um es demnächst zum Thema im Ausschuß und Plenum zu machen.